

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Fernsprecher M 8538.
Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 22

Coln, den 3. November 1917.

V. Jahrgang.

Wachsende Reaktion.

Folgende beachtenswerte Ausführungen entnehmen wir dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands:

Je länger der Krieg dauert, um so mehr verflüchtigt sich die burgfriedliche Stimmung der ersten Zeit. Kurz nach Ausbruch des Krieges begrüßte selbst die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ die „Einmütigkeit“ von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden als „ein gutes Omen für die Zukunft“. Heute — schwillt in diesem Organ die Flut der Verdächtigung der Gewerkschaften immer höher an. Der Schrei nach Anwendung der Paragraphen des Strafgesetzbuches über Erpressung auf das lohnverbessernde Vorgehen der Gewerkschaften wird immer lauter. Haß und Gehässigkeit breiten sich wie auf Sturmesschwingen aus.

Aber diesen Bestrebungen kann man wenigstens ins Gesicht sehen. Sie treten unverhüllt hervor und die Arbeiterbewegung kann sich auf ihre entschiedene Bekämpfung einstellen. Die Arbeiterschaft, auch die unorganisierte, weiß, daß sie sich da ihrer Haut zu wehren hat. Nicht so dagegen ist es mit der Reaktion, die sich auf dem Kampfplatz der Politik betätigt. Hier nämlich gehen die Bestrebungen im Gewande des vaterländischen Interesses einher und mancher verfällt ihnen, der an sich gar nicht den Willen zur Stärkung der Reaktion hat. Die politische Lage ist heute entsetzt verwirrt und verwirrend. Mancher sieht infolgedessen nur, was das Tagesbedürfnis zu verlangen scheint und ist bereit, um dessen Befriedigung willen wichtige eingreifende Maßnahmen zurückdrängen. Da gilt es, die Augen offen zu halten! Die Arbeiterschaft muß in diesen Tagen ihre größeren Ziele nicht aus den Augen verlieren.

Die jetzige Regierung, die mit viel gutem Willen leider noch viel mehr politischen Dilettantismus verbindet, ist es gelungen, eine der wichtigsten staatspolitischen Errungenschaften dieses Krieges, nämlich die Annäherung der Mehrheit der Sozialdemokratie an den Staat, aufs höchste zu gefährden. Das muß die gesamte politisch weitblickende Arbeiterschaft aufschrecken und mahnen! Nur die allerfeinlichste parteipolitische Erwägung kann über eine solche Wendung der Dinge Freude empfinden. Wir müssen weiterblicken! Für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung ist die Annäherung von Sozialdemokratie und Staat von größter Bedeutung. Wie stellt man sich ohne dieselbe die von uns doch stets erstrebte Eingliederung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewe-

gung in die bestehende Ordnung vor? Uebersehen wir aber auch weiter nicht, daß mit dieser Errungenschaft zugleich weitere von aktuellstem Interesse aufs Spiel gesetzt sind. Man braucht doch nur die Ehren aufzumachen, um allenthalben beispielsweise das Getöse der Agitation gegen eine grundlegende Aenderung des preussischen Wahlrechts zu hören, auf der die gesamte deutsche Arbeiterschaft bestehen muß, wenn ihr die eigene Zukunft lieb ist. Diese Agitation schreitet im Gewande der Furcht wegen der demokratischen Welle dahin, die die deutsche Eigenart aufs Spiel setzen soll. Arbeiter, laßt euch dadurch nicht täuschen! Die christlich-nationale Arbeiterbewegung lehnt grundsätzlich jene übertriebene Demokratie ab — die gar keine mehr ist —, wie sie sich in den Ländern austobt, wo das sogenannte parlamentarische Regime herrscht. Wir wollen nicht die Politik noch mehr, als es heute schon der Fall ist, zum Tummelplatz egoistischen Interessenschädlers machen. Allein eine Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen und eine solche Demokratisierung des Verhältnisses zwischen Regierung und Volksvertretung, wie sie sich auf Grund der unglaublichen Fehler des bisherigen Regierens mit einer kleinen Kaste als notwendig erwiesen hat — eine solche Demokratisierung verlangen wir mit größter Entschiedenheit. Sie wird das Erreichen der von diesem Krieg erhofften Errungenschaften für unsere Zukunft nicht gefährden, sondern erleichtern.

Laßt euch darum nicht heirren durch jene, die die schlimmsten Befürchtungen vor dem Schwinden von Einrichtungen an die Wand malen, die angeblich aus idealen Erwägungen heraus wie der eigene Augapfel behütet werden müssen! Wir sichern die Zukunft auch unserer geistigen Güter am besten, wenn wir die Entwicklung entschlossen selbst in die Hand nehmen und sie zu beeinflussen suchen, anstatt uns widerwillig Zugeständnisse abtrotzen zu lassen, an denen wir doch nicht vorbeikommen und die dann natürlich die Sicherheiten nicht mehr bieten, mit denen wir sie durch unsere eigene Mitarbeit umgeben können. Laßt euch auch nicht heirren durch jene, die bei der Durchführung demokratischer Forderungen Deutschlands militärische Schlagkraft als gefährdet hinstellen wollen! Wir schwächen diese Schlagkraft nicht, wenn wir das ganze Volk am Gang der öffentlichen Dinge interessieren, sondern wir stärken sie eher! Laßt euch auch nicht betören durch jene, die, unter Ausnutzung unleugbarer Ungeschicklichkeiten des Reichstages, gegen die Volksvertretung überhaupt mobil machen. Mag der Reichstag noch so oft durch die Form fehlen — ohne seine Wachsamkeit würden der Arbeiterschaft

sehr bald die letzten Reste ihrer Rechte aus der Hand gewonnen sein.

Seid also auf der Hut, deutsche Arbeiter, und leistet nicht in gutem Glauben selbst, durch eine nachgiebige Haltung, der Reaktion noch Vorstüb! Weil wir unsere Zukunft sichern wollen, daher stehen wir stramm und unerschütterlich bei unseren Forderungen! HOFFENTLICH spricht der Deutsche Arbeiterkongress zu Ende des Monats in dieser Hinsicht ein recht kräftiges und deutliches Wort!"

Aus den Ortsgruppen.

NACHEN. Einen erfreulichen Erfolg hat unsere hiesige Ortsgruppe zu verzeichnen. Nach vielem Drängen von Seiten unseres Verbandes und der Arbeiterausschüsse hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, allen städtischen Arbeitern eine Erhöhung ihres Einkommens zu bewilligen. Eine im Jahre 1915 gewährte Zulage von 20 Pfennig für die städtischen Arbeiter und 5 Pfennig für jedes Kind der städtischen Arbeiter pro Tag wurde mit Recht schon damals als viel zu niedrig bezeichnet. Aber auch nach vielem Mahnen unsererseits im Jahre 1916 bewilligte weitere Zulage von 10 Pfennig pro Tag für die Arbeiter und 5 Pfennig für jedes Kind reichten nicht entfernt aus, den immer stärker steigenden Bedarf in etwa zu decken. Der Nachener Stadtverwaltung kann der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie den berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter nicht immer das soziale Verständnis entgegenbrachte, was man von ihr hätte erwarten dürfen. Aber nicht nur sie trifft die Schuld, wenn die Erfüllung mancher berechtigter Wünsche oft lange auf sich warten ließ. Auch die Arbeiterschaft selbst ließ es sehr an der notwendigen Initiative bei ihrer eigenen Interessenvertretung fehlen. Nur ganz wenige, sich ihrer Standespflichten bewußte Kollegen waren es, die immer wieder als Mahner an die säumige Verwaltung herantraten. Die Mehrzahl der Kollegen stand dem Streben nach Verbesserung ihrer Lage interesselos gegenüber. Erst als die Not immer größer, die Möglichkeit, sich und ihre Familie vor äußerster Entbehrung zu schützen, immer schwieriger wurde, sahen sich manche der früher Säumigen veranlaßt, nun ihrerseits auch den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation zu finden und die nach Verbesserung strebenden Kollegen zu unterstützen. Und endlich ist es denn auch gelungen, auch in Nachen ein etwas regeres gewerkschaftliches Leben zu entfalten. Erfreulicherweise sind denn auch in letzter Zeit einige beachtenswerte Vorteile für die städtische Arbeiterschaft erzielt worden. Wir erinnern nur an die endliche Schaffung von Arbeiterausschüssen, ein Erfolg von großer und grundsätzlicher Bedeutung für die Arbeiterschaft, weiter die Wiedergewährung des vollen Urlaubs, die eingangs erwähnte Verbesserung des Einkommens u. a. mehr. Die erwähnte letzte Zulage beträgt 75 Pfennig pro Tag für verheiratete Arbeiter, und 10 Pfennig für jedes Kind bis zum vollendeten 17. Lebensjahre und 50 Pfennig für ledige Arbeiter. Diese Zulagen werden neben den bisherigen Zulagen gezahlt. Dieser Beschluß des Nachener Stadtverordneten-Kollegiums muß als ein nennenswerter Fortschritt bezeichnet werden. Und wir sind sehr geneigt, anzunehmen, daß das durch diese Maßnahme bezugte, im Vergleich zu früheren Zeiten größere Entgegenkommen gegenüber den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft zum größten Teil auf größeres soziales Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft von Seiten des jetzigen ersten Beamten der Stadt Nachen, wie auch vielleicht auf den Umstand zurückzuführen ist, daß auch manchen anderen Instanzen der Stadt- und Betriebsverwaltungen, wie auch manchem der Herren Stadtväter während des Krieges allmählich der Wert der Arbeiterschaft für das Volksganze mehr zum Bewußtsein gekommen ist. Hoffen wir, daß diese unsere Meinung zutrifft und diese mehr soziale Strömung in dem maßgebenden Kreise Nachens dazu beiträgt, daß auch weiterhin berechtigten Wünschen der städtischen Arbeiter Rechnung getragen wird. Solche Wünsche sind genug vorhanden und dürfen von den maßgebenden Stellen einer Prüfung unterzogen werden. Wir erinnern nur an die viel zu lange Arbeitszeit der städtischen Arbeiter, besonders aber der weiblichen Arbeiter. Wenn schon für die männlichen Arbeiter eine zehnstündige Arbeitszeit besonders bei der jetzigen schlechten Ernährung als viel zu lange bezeichnet werden muß, so trifft dies erst recht für die weiblichen Arbeiter zu. Abgesehen davon, daß diese an sich schon weniger leistungsfähig bei der ungewohnten Arbeit sind, sollten auch volkswirtschaftliche Rücksichten bei ihnen als Grund zur Verkürzung der

Arbeitszeit nicht außer Acht gelassen werden. Liegen doch der Frau außer ihrer beruflichen Tätigkeit im Betriebe noch wichtige hauswirtschaftliche Pflichten ob. Und für unser ganzes familiäres und volkswirtschaftliches Leben ist es von allgeringster Bedeutung, daß diese hauswirtschaftliche Tätigkeit der weiblichen Arbeiterschaft nicht durch überlange Arbeitszeit unmöglich gemacht wird. Aus den angeführten Gründen ist man auch in anderen Städten dazu übergegangen, für die weiblichen städtischen Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit, so z. B. in Köln allgemein die achtkündige Arbeitszeit einzuführen. Wie denn auch überhaupt die gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Kölns auch jetzt nach der letzten Aufbesserung der Nachener Arbeiter noch weit besser sind, wie die Verhältnisse der Letzteren. Dies muß betont werden gegenüber der Ansicht eines Nachener Herrn Beigeordneten, der eine solche Behauptung in der letzten Stadtverordnetenversammlung als falsch bezeichnete. Wir möchten diesem Herrn zu bedenken geben, daß nicht nur die Grundlöhne, sondern auch die Zulagen der Nachener städtischen Arbeiter hinter denen der Kölner städtischen Arbeiter stark zurückbleiben. Die Kölner Grundlöhne sind durchweg mindestens 25—30 Prozent höher wie die Nachener Löhne, und an Zulagen werden monatlich für Ledige 10 M., für Verheiratete 20 M., für Verheiratete mit 1 Kind 27 M., für Verheiratete mit 2 Kindern 40 M., mit 3 Kindern 54 M., mit 4 Kindern 69 M., mit 5 Kindern 85 M., mit 6 Kindern 102 M., mit 7 Kindern 120 M. usw. gezahlt. Außerdem erhalten sämtliche männlichen Arbeiter 2 M., weibliche 1,75 M. tägliche Zulage. In Nachen betragen die neben den weit geringeren Grundlöhnen gezahlten Zulagen bestenfalls 1,05 M. pro Tag für den Arbeiter und 20 M. für jedes Kind. Wie der betreffende Herr nun herausrechnen will, daß die Lohnverhältnisse der Nachener städtischen Arbeiter mindestens so gut seien, wie die der Kölner städtischen Arbeiter, ist uns unverständlich. Dies muß gesagt werden, um eine Irreführung der öffentlichen Meinung, bezw. der Bürgererschaft zu vermeiden.

Bezüglich der Verhältnisse der weiblichen Arbeiter Nachens möchten wir weiter bemerken, daß ein Tagelohn von 2,75 M. (dies ist der Anfangslohn manche Arbeiterinnen) unseres Erachtens durchaus nicht den heutigen Verhältnissen entspricht. Wenn die Zeitverhältnisse nun einmal die Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft erfordern, so sollte man dieselbe auch entsprechend entlohnen. Zweifel bestehen auch nach dem Berichte vom der erwähnten Stadtverordnetenversammlung noch darüber, ob die bewilligten Zulagen auch den weiblichen Arbeitern gewährt werden. Wir halten dies für ganz selbstverständlich und sollte die Verwaltung recht bald eine entsprechende Verfügung an die Betriebe herausgeben, die den Arbeiterinnen die beruhigende Gewißheit gäbe, daß sie bei der Aufbesserung nicht leer ausgehen.

So, wie wir unserer Erwartung Ausdruck geben, daß Stadt- und Betriebsverwaltungen sich ihrer Pflichten gegen ihre Arbeiter stets bewußt sind und deren Verhältnisse erträglich gestalten, ebenso möchten wir die Arbeiterschaft dringend ermahnen, ihre Berufspflichten stets gewissenhaft zu erfüllen und dadurch das Interesse der Stadtverwaltung und der Allgemeinheit zu fördern. Neben der Erfüllung der Berufspflichten dürfen natürlich auch die Standespflichten nicht vernachlässigt werden. Diese werden am besten dadurch betätigt, daß jeder einzelne Arbeiter durch Beitritt und Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Organisation mitwirkt an der sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung der gesamten Arbeiterschaft.

* * *

Bromberg. (Straßenbahner.) In unserer letzten Versammlung beschäftigten wir uns mit der bewilligten Lohnzulage für Schaffnerinnen, die als den Zeitverhältnissen nicht entsprechend bezeichnet wurden. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, entsprechende Schritte bei der Direktion zu unternehmen. Sodann hielt der Kollege Gickmann Köln einen kurzen Vortrag über den Krieg und seine Einwirkungen auf die soziale Lage der Straßenbahner. Um nicht gezwungen zu sein, mehrere Menschenalter lang dem englischen Herrenvolke Frohndienste zu leisten müssen auch die Angestellten und Arbeiter die Entbehrungen, die uns der Krieg auferlege, willig auf sich nehmen. Die verschiedenen sehr ernst gemeinten Friedensangebote Deutschlands und seiner Verbündeten wären schon längst abgewiesen worden. Zum Friedensschließen gehörten eben zwei Parteien, und so lange die eine nicht wolle, mußte die andere weiter kämpfen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wolle. Diese harten Tatsachen würden auch von der Arbeiter- und Angestelltenchaft erkannt. Ein Sieg Englands würde gerade von ihr am meisten bitter empfunden werden.

Zum Durchhalten in dieser schweren Zeit gehöre aber nicht nur der gute Wille, sondern auch die Möglichkeit hierzu. Letztere

sei gegeben, wenn die Lasten und Entbehrungen möglichst gleichmäßig auf alle Stände und Bevölkerungsschichten verteilt werden. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wolle den sozialen Burgfrieden wahren, ihre Arbeitskraft voll in den Dienst des deutschen Wirtschaftslebens und damit des Vaterlandes stellen. Ihre berechtigten Wünsche müßten aber auch seitens der Arbeitgeber geachtet werden. Hohe Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände und Löhne, die kaum über die Friedenshöhe hinausgingen, sei ein Widerspruch. Die Bereitwilligkeit der Frauen und Mädchen, ihre Arbeitskraft voll in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen fände ideale Anerkennung, aber auch die Anerkennung in Form einer zeitgemäßen Entlohnung dürfe nicht fehlen. Die als notwendig erkannte Neuorientierung müsse auch im dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Platz greifen. Das Recht, bei Festsetzung der Lohn- und Dienstverhältnisse mitzureden, dürfe Letzteren nicht mehr vorenthalten bleiben. Durch das Hilfsdienstgesetz ist für die Mehrzahl der Werke und Betriebe eine Vertretung der Arbeiter, in Form von Arbeiterausschüssen, vorgeschrieben. Aber auch für diejenigen Unternehmungen, wie die Straßenbahner, für die die Errichtung von Arbeiterausschüssen noch nicht gesetzlich vorgeschrieben sei, müßten sie errichtet und anerkannt werden. Eine Reihe von Straßenbahnen haben derartige Ausschüsse gebildet. Auch in Bromberg bei der Straßenbahn müsse der Ausschuß kommen, um in geordneter Weise, sich mit der Direktion über Wünsche und Beschwerden verständigen zu können. Arbeiterausschüsse würden aber ihren Zweck verfehlen, wenn nicht eine starke gewerkschaftliche Organisation zur Unterstützung der Ausschüsse vorhanden wäre. Beschlossen wurde, in der nächsten Versammlung die Wahl der Ausschußmitglieder zu tätigen, und die Verwaltungsleitung beauftragt, die notwendigen Schritte bei der Direktion, zwecks Anerkennung zu unternehmen. Leider fand die Versammlung, da die Polizeitruppe bereits eingetreten war, auf Veranlassung des überwachenden Beamten ein vorzeitiges Ende.

* * *

Neuwied. Gemeindegewerkschaft. Wie unter der in der Privatindustrie tätigen Arbeiterschaft, so setzt sich auch bei den städtischen Arbeitern endlich der Gedanke durch, daß die Kollegen selbst Hand anlegen müssen, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse den Zeitverhältnissen in etwa mehr anzupassen. Wie fast überall, war es auch hier die Not, die endlich diesen doch eigentlich so selbstverständlichen Gedanken reifen ließ. Und tatsächlich müssen die Kollegen unter sehr starker wirtschaftlicher Not leiden. Denn mit einem Verdienste von 4—4,50 M (etwaweise noch weniger) pro Tag kann bei den heutigen Preisverhältnissen unmöglich eine Familie selbst bei allerbescheidensten Ansprüchen vor äußerster Not geschützt werden. Sind doch die Preise für Lebensmittel und andere Bedarfsartikel auch in Neuwied durchweg ebenso hoch, teilweise sogar noch höher, wie in den meisten Großstädten. Das einzige, was vielleicht in Einzelfällen etwas billiger sein könnte, wie in der Großstadt, ist die Wohnungsmiete. Im allgemeinen bleiben die Kosten für die Gesamterhaltung in den Kleinstädten nicht, oder nur ganz unwesentlich hinter denen der Großstadt zurück. Aber gerade die kleinen und mittleren Städte waren auch während der Kriegszeit am zurückhaltendsten in bezug auf Schaffung eines Ausgleichs zwischen dem bedeutend erhöhten Bedarf und dem Einkommen ihrer Arbeiterschaft. Nun wäre es aber wohl grundsätzlich, den Stadtverwaltungen allein die Schuld an diesem Zustande zuschreiben zu wollen. Wohl wäre es ihre Pflicht, aus eigenem Antriebe ihre Arbeiterschaft vor Not und Entbehrung zu schützen. Aber die Erfahrung lehrt, daß bei den meisten Verwaltungen der Trieb, möglichst sparsam zu wirtschaften, (wenn auch mitunter an ungeeigneter Stelle) oft viel stärker ist, wie ihr soziales Verständnis für die Not und Bedürfnisse ihrer Arbeiterschaft. Weil dies aber so ist, hat die Arbeiterschaft um so mehr Veranlassung, selbst auf Verbesserung ihrer Lage zu drängen. Bisher ließen sich leider manche Kollegen aus wenig stichhaltigen Gründen von dieser eigenen Interessenswahrung abhalten. Neben Gleichgültigkeit und Interessellosigkeit war es viel auch die Furcht, die Vorgesetzten und die Verwaltung würden dem Anschluß der städtischen Arbeiter an die gewerkschaftliche Organisation nicht gerne sehen, die die Organisation von Letzterer fernhält. Es ist aber wohl kaum anzunehmen, daß es heute, im vierten Kriegsjahre noch Stadtverwaltungen geben könnte, die ihren Arbeitern dieserhalb noch Schwierigkeiten machten. Jetzt, nachdem doch fast alle behördlichen Instanzen mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft verhandeln, und deren Bestehen und Wirken wiederholt von höchster Stelle aus als nationale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit aner-

kannt wurde. Wir hoffen aber nicht nur, daß den städtischen Arbeitern keine Schwierigkeiten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemacht werden, sondern daß die maßgebenden Stellen auch berechnigte Wünsche der Arbeiterschaft in wohlwollender Weise berücksichtigen. Um so mehr dürfen die Verwaltungen auch versichert sein, daß wir alles daran setzen, die Arbeiterschaft auch zu treuer, gewissenhafter Pflichterfüllung in ihrem Berufe zu erziehen, stets nach dem Grundsätze handelnd: „Wo Rechte, da Pflichten“.

Den städtischen Arbeitern aber rufen wir zu: „Weiter auf dem einmal beschrittenen Wege, dann werden die Erfolge nicht ausbleiben.“

* * *

Neuwied. Straßenbahner. Was in vorhergehender Notiz von den städtischen Arbeitern gesagt wurde, trifft auch voll und ganz auf die Straßenbahner zu. Auch sie haben es bisher nicht so richtig verstanden, für Verbesserung ihrer Berufsverhältnisse zu wirken. Bei ihnen war es auch besonders neben andern wichtigen Gründen die Furcht, nicht weiter vom Militärdienste reklamiert zu werden, die sie von dieser so notwendigen Berufsarbeit abhielt. Und tatsächlich glaubten auch einzelne Vorgesetzte, in manchen Straßenbahnbetrieben die Angestellten durch Drohung mit dem Schützengrabener von der Organisation abhalten zu können. Schämten sich denn diese Herren nicht, daß sie so die ehrliche Absicht der höchsten Reichs- und militärischen Stellen, allen Angehörigen aller Volksschichten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ignorieren und dadurch die so notwendige Einigkeit innerhalb des Volkes stören? Haben doch die erwähnten Stellen wiederholt in klarer unzweideutiger Weise ihren Willen bekundet, allen Versuchen reaktionärer Arbeitgeber, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu schmälern, rücksichtslos entgegen zu treten. Wir hoffen, daß die Verwaltung der Neuwieder Kreisbahnen einen solch rückwärtigen Standpunkt nicht vertritt, vielmehr soziales Verständnis genug besitzt, nun das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter anzuerkennen und berechtigten Wünschen derselben nach Möglichkeit nachzukommen. Aber auch den Straßenbahnern Neuwieds selbst möchten wir den kameradschaftlichen Rat geben, ihre Dienst- und Berufspflichten stets in pünktlichster, gewissenhafter Weise zu erfüllen und der Verwaltung zu beweisen, daß wir wohl unsere Rechte verlangen, aber ebenso unseren Pflichten nachkommen wollen. Nur so, indem Verwaltung und Angestellte und Arbeiter sich ihrer Pflichten gegen einander bewußt sind, wird ein gedeihliches Zusammenarbeiten, wie es das Interesse der Allgemeinheit verlangt, auf die Dauer möglich sein.

* * *

Landshut. Unsere Ortsgruppe hielt am 29. September im Thallerbräu eine außerordentliche, stark besuchte Generalversammlung ab. In derselben erstattete unser Bezirksleiter Weizler zunächst Bericht über den Verlauf und die Durchführung der Preisergänzungen in der Gasfabrik. Diefelben werden nun an die Gasarbeiter unverkürzt bezahlt, nachdem besonders unser Kollege Schnellbögl als Vertreter des Arbeiterausschusses sich um die Interessen dieser Kollegen annahm. Bei der persönlichen Vortrage des Kollegen Weizler im Stadtbauamt mit dem Vertreter des erkrankten Herrn Stadtbaurates eruchte Herr Sekretär Förstel bezüglich Neuwahl des Arbeiterausschusses noch um eine Frist von 2 Monaten, da er infolge Arbeitsüberhäufung nicht in der Lage sei, die diesbezüglichen Satzungen auszuarbeiten, wogegen seitens der Versammelten kein Einwand erhoben wurde. Eine andere Angelegenheit die bereits Beunruhigung unter den Kollegen des Stadtbauamts hervorrief, ist die, daß laut Beschluß der Baukommission die Löhne der Arbeiter bei der ab 1. Oktober verkürzten Arbeitszeit nunmehr nach dem Stunden-, aber nicht mehr wie bisher nach dem Tagelohn bezahlt werden sollten. Nachdem die Arbeitszeitverkürzung in den Wintermonaten, bis zu 2 Stunden beträgt, würde dies bei den meisten Arbeitern einen Lohnausfall bis zu 1 M pro Tag ausmachen. Damit würde die vor 2 Monaten vorgenommene Lohnerhöhung von 50 % bis 1 M wieder zum Nachteile der Arbeiter über den Haufen geworfen. Es sei deshalb Aufgabe des Verbandes solchen Bestrebungen energisch entgegenzutreten. Im anderen Falle müßte sofort eine Erhöhung der Stundenlöhne von 10 % pro Stunde verlangt werden.

Nachdem die Direktion der Stadt-, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke beauftragt sei, noch während des Krieges eine neue Arbeitsordnung auszuarbeiten, müsse hierzu Stellung genommen werden. Wenn etwas geschaffen würde, dürfe es kein Flickwerk sein. Eine neue Arbeitsordnung für Landshut müsse sozial weitgehende Rechte und Bestimmungen enthalten und den grundsätz-

ihren Forderungen unseres Verbandes entsprechen. Die Versorgungs- bezw. Pensionsfrage dürfte dabei nicht außer Acht gelassen werden. Seitens des Verbandes würde ein Entwurf für die neue Arbeitsordnung den Kollegien eingereicht werden. Des weiteren beauftragt Kollege Weirle die Einführung eines Lokalaufbeitrages von 5 Pf. pro Woche. Bei der Entwicklung der Ortsgruppe müsse den Einlassierern mindestens eine kleine Entschädigung gewährt werden. Werbetätigkeit, Sitzungen, Versammlungen, Konferenzen usw. werden nach dem Kriege erhöhte Aufgaben vor die Lokalkasse stellen. Nach weiterer Begründung durch Kollege Schmellbögl fand der Antrag einstimmige Annahme. Als nächster Punkt wurde die Neuwahl der Vorstandschaft vorgenommen. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Kollege Dettnerhofer, 2. Bremer, 1. Kassierer Schmellbögl, 2. Mitglieder, Schriftführer Ober, Rechnungsprüfer Benschl und Sozialauer, Kartelldelegierte, Meier und Rossmeier.

Aus unseren Berufen.

Lohnerhöhungen bei der Düsseldorfer Straßenbahn. Nach längerem Sträuben hatte sich die Direktion doch bereit erklärt einen neuen Arbeiterausschuß — der alte steht fast vollzählig im Felde — anzuerkennen, in der auch die weiblichen Angestellten Sitz und Stimme haben. Gewählt wurden fast ausschließlich Mitglieder unseres Verbandes. In mehreren Vorbesprechungen beschäftigte sich der Ausschuß mit den Wünschen des Personals, an denen auch unsere Verhandlungsvertreter teilnahmen. Beschlossen wurde neben einer Anzahl kleinerer Wünsche bei der Direktion eine neue Lohnzulage und für das weibliche Personal den achtstündigen Dienst zu beantragen. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich die Direktion bereit dem gesamten Personal eine weitere Lohnzulage von 1 Mk. pro Tag zu bewilligen. Den achtstündigen Dienst jetzt einzuführen sei wegen Personalmangel nicht möglich, jedoch solle bei der neuen Diensterteilung eine mögliche Verkürzung der Dienstzeit eintreten.

* * *

Einmalige Zulagen in Weiden. Die städtischen Kollegien haben beschlossen, den städtischen Arbeitern und Angestellten eine einmalige Zulage zu gewähren. Es sollen erhalten Ledige 60 Mk. und Verheiratete 100 Mk.

* * *

Lohnzulagen bei den Köln-Bonner Kreisbahnen. Die Direktion dieser Bahnen hat ihren Handwerkern eine Zulage von 2 Mk. den Arbeitern eine solche von 1,30 Mk. und den Arbeiterinnen 80 Pfg. pro Tag bewilligt. Gewünscht waren für Handwerker 2,50, Arbeiter 1,50 und Arbeiterinnen 1 Mk. Zulage pro Tag. Die Eingabe unseres Verbandes für die Schaffnerinnen um eine Zulage von 1,50 Mk. pro Tag, Gewährung von 3 Ruhetagen von mindestens 36 Stunden Dauer und Bezahlung der Dienstleistungen an Ruhetagen mit 50 Prozent Zuschlag ist zur Stunde noch nicht erledigt.

* * *

Die Bromberger Straßenbahn, Aktiengesellschaft in Bromberg bewilligt den Schaffnerinnen eine Zulage von 2 Pfg. die Stunde. In unserer letzten Versammlung wurde diese Zulage als vollständig unzulänglich bezeichnet und beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen. Auch müsse eine Änderung im Abrechnungsverfahren eintreten, damit die bei den heutigen sich stets ergebenden Differenzen, Nachzahlungen usw. möglichst beseitigt werden. Die Direktion soll weiter erinert werden, den von den organisierten Angestellten

gewählten Arbeiterausschuß anzuerkennen und mit diesem über Wünsche und Beschwerden des Personals zu verhandeln.

* * *

Den städtischen Arbeitern und Angestellten in Elberfeld bewilligte das Stadtverordnetenkollegium in seiner Sitzung vom 4. September eine Kriegszulage von 1 Mk. pro Tag. Dieselbe soll rückwirkend ab 1. August gezahlt werden. Die Zulage erhalten aber nur die Arbeiter und Angestellten, die auf Grund der städtischen Lohnskala fest eingestellt sind und hiernach entlohnt werden.

* * *

Lohnzulagen für die städtischen Arbeiter und Angestellten in Zwickau. Nach den Vorschlägen der zuständigen Kommission bewilligte das Stadtverordnetenkollegium eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. die Stunde, den Bau-, Friedhofs- und Forstarbeitern, für die Handwerker dieser Betriebe 13 Pfg. die Stunde. Der Wochenlohn wird um 6 Mk. erhöht. Rentenempfänger erhalten 3 Pfg., nicht vollleistungsfähige Arbeiter und Frauen 5 Pfg. Zulage die Stunde.

Bei der Straßenbahn erhöhen sich die Löhne für Frauen um 4 Mk., für Mädchen um 3,30 Mk. pro Woche. Sämtliche Zuschläge werden ab 1. Juli 1917 nachgezahlt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Wohnungsreformkundgebung und Organisationen. In der Zeit nach Friedensschluß wird die Herabsetzung der Preise der Hauptlebensbedürfnisse eine ganz besondere Wichtigkeit gewinnen, denn der Ausgleich für Veränderungen in den Löhnen wird vor allem in einer wesentlichen Verringerung der Preise für Lebensmittel, Kleider und die anderen großen regelmäßigen Bedürfnisse gesucht werden müssen. Eine sehr große Rolle unter diesen Gütern spielt da aber auch die Wohnung, und hier liegen bei der außerordentlichen Verteuerung des Bauens und dem vielerorts zu erwartenden Wohnungsmangel die Verhältnisse sogar ganz besonders bedrohlich. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten wie alle sonstigen der Sozialpolitik sich widmenden Körperschaften haben daher das allergrößte Interesse daran, daß ohne Verzug eine umfassende und kräftige Wohnungsreformpolitik eingeleitet wird, die den Uebelständen wenigstens einigermaßen vorzubeugen geeignet ist.

Eine große Kundgebung zugunsten der Wohnungsreform hat der Deutsche Wohnungsausschuß, in dem fast sämtliche einschlägigen großen Zentralorganisationen Deutschlands vertreten sind, am 30. Oktober in Berlin veranstaltet. Die drohende Gestaltung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, die Verzögerung der preußischen Wohnungsgesetzgebung und die dringende Notwendigkeit, in der Wohnungsfrage nunmehr zu größeren Ergebnissen zu kommen, machen eine stärkere Beschäftigung der Öffentlichkeit mit diesen Dingen unbedingt erforderlich. In der Kundgebung ist insbesondere für eine Reihe wichtiger positiver Wohnungsreformmaßnahmen, sowie für das baldige Zustandekommen der eben erwähnten Gesetzgebung eingetreten worden.